S 3 U 73/09

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Gesetzliche Unfallversicherung - Berufskrankheit gem BKV Anl 1 Nr 3102 - Infektionskrankheit - Einwirkung - Vollbeweis - besonders erhöhte Infektionsgefahr - Borrelieninfektion - Lyme Borreliose - Zeckenstich - Erzieherin in einem Waldkindergarten
Leitsätze	Für die Einwirkung im Sinn der Berufskrankheit „Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten“ (Nr 3102) genügt eine besonders erhöhte Infektionsgefahr.
Normenkette	SGB VII § 9 Abs 1 ; BKV Anl 1 Nr 3102; BKV Anl 1 Nr 3101

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 U 73/09
Datum	28.04.2015

2. Instanz

Aktenzeichen	L 14 U 172/15
Datum	14.05.2020

3. Instanz

Datum	30.03.2023
-------	------------

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts
Niedersachsen-Bremen vom 14.Â Mai 2020 aufgehoben und die Sache zur erneuten
Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen.

G r Ã¼ n d e :

I

1

Die Beteiligten streiten über die Feststellung einer Berufskrankheit (BK) nach Nr. 3102 der Anlage 1 zur Berufskrankheiten-Verordnung (BKV - Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten) im Folgenden BK 3102).

2

Die Klägerin war von Januar 1999 bis Juni 2000 als Erzieherin in einem Waldkindergarten in Baden-Württemberg beschäftigt. Während dieser Tätigkeit war sie durchgängig der Gefahr einer Infektion mit Borrelien aufgrund von Zeckenstichen ausgesetzt. Regelmäßig suchte sie ihren Körper auf Zecken ab, entdeckte jedoch in dieser Zeit weder festgesaugte Zecken noch eine sogenannte Wanderröte. Auch erfolgte zeitnah zu ihrer Tätigkeit im Waldkindergarten keine ärztliche Feststellung einer Borrelieninfektion.

3

Im Juni 2008 beantragte die Klägerin bei der Beklagten die Anerkennung einer Lyme-Borreliose als BK und reichte hierzu diverse ärztliche Unterlagen ein. Die Beklagte zog weitere ärztliche Unterlagen und Stellungnahmen bei und holte Auskünfte des Trägers des Waldkindergartens vom 23.9.2008 sowie der Staatlichen Gewerbeärztin vom 9.10. und 9.12.2008 ein. Im Anschluss lehnte sie die Anerkennung einer BK 3102 ab, weil das Krankheitsbild einer (Neuro-)Borreliose nicht vorliege und kein besonderes Infektionsrisiko während der Tätigkeit im Waldkindergarten bestanden habe. Nach einer Studie seien nur 16 % der dortigen Zecken mit Borrelien infiziert gewesen. Die Klägerin habe des Weiteren ein außerberufliches, vergleichbares Erkrankungsrisiko geschildert. Es spreche deshalb mehr gegen als für einen Zusammenhang zwischen der Berufstätigkeit im Waldkindergarten und der Entstehung einer Erkrankung durch borrelieninfizierte Zecken (Bescheid vom 20.2.2009 und Widerspruchsbescheid vom 16.6.2009).

4

Das SG hat nach Einholung einer Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart sowie eines fachorthopädischen und eines neurologisch-psychiatrischen Gutachtens die angefochtenen Bescheide der Beklagten aufgehoben und festgestellt, dass bei der Klägerin eine BK 3102 in Form der Lyme-Borreliose vorliegt. Die Klägerin sei während ihrer Tätigkeit im Waldkindergarten einer besonderen Gefahr der Borrelieninfektion durch Zeckenstiche ausgesetzt gewesen. Die bei ihr bestehende Lyme-Borreliose sei hierdurch verursacht worden (Urteil vom 28.4.2015).

5

Das LSG hat das Urteil des SG aufgehoben und die Klage auf Feststellung einer BK 3102 sowie die im Berufungsverfahren zusätzlich erhobene Untätigkeitsklage abgewiesen. Die Voraussetzungen für die Feststellung einer BK 3102 seien nicht erfüllt, weil bereits die erforderliche Einwirkung fehle. Es sei kein konkreter Nachweis eines Zeckenstiches gerade bei der versicherten

Tätigkeit im Waldkindergarten gelungen. Dass die Klägerin bei dieser Tätigkeit durchgängig einer besonderen Gefahr der Infektion mit Borrelien durch Zeckenstiche ausgesetzt gewesen sei, genügt nicht. Deshalb könne offenbleiben, ob sie an einer Lyme-Borreliose erkrankt sei (Urteil vom 14.5.2020).

6

Mit der Revision rügt die Klägerin die Verletzung des [§ 9 SGB VII](#) iVm der BK 3102 sowie Verstöße gegen Verfahrensvorschriften und Verfassungsrecht. Die erforderliche Einwirkung und die Lyme-Borreliose seien nachgewiesen und die Einwirkungskausalität liege mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vor. Unter Einwirkung sei die Aufnahme von Krankheitserregern, hier Borrelien, in den Körper zu verstehen. Ein infizierender Zeckenstich sei erwiesen. Auch bestehe die hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass sie sich im März 1999 während ihrer Tätigkeit im Waldkindergarten einen Zeckenstich und dadurch infolge einer Borrelioseninfektion eine Lyme-Borreliose zugezogen habe.

7

Die Klägerin beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 14. Mai 2020 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Aurich vom 28. April 2015 zurückzuweisen.

8

Die Beklagte beantragt,

die Revision der Klägerin zurückzuweisen.

9

Sie hält das Urteil des LSG für zutreffend.

II

10

Die zulässige Revision der Klägerin ist im Sinne der Aufhebung des angefochtenen Urteils und der Zurückverweisung der Sache an das LSG begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#)). Der Senat kann mangels hinreichender Feststellungen nicht abschließend entscheiden, ob die Klägerin einen Anspruch auf Feststellung einer Lyme-Borreliose als BK 3102 hat.

11

Im Revisionsverfahren ist allein noch über die zulässig erhobene kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage gem. [§ 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1](#), [§ 55 Abs 1 Nr 3](#), [§ 56 SGG](#) zu entscheiden. Die Anfechtungsklage zielt auf die gerichtliche Aufhebung der Ablehnungsentscheidung der Beklagten in dem Bescheid vom 20.2.2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 16.6.2009 ([§ 95 SGG](#)) und die Feststellungsklage auf die gerichtliche Feststellung der BK 3102 (vgl. zur statthaften Klageart zuletzt BSG Urteil vom 16.3.2021 [B 2 U](#)

[11/19 R](#) SozR 42700 [Â§ 9 Nr 30 RdNr 9 mwN](#); vgl auch BSG Urteil vom 15.9.2011 [Â B 2 U 22/10 R](#) [NZS 2012, 151](#) = juris RdNr 10). Aber die im Berufungsverfahren zusätzlich erhobenen Untertätigkeitsklagen ist nicht mehr zu entscheiden, weil die Klägerin diese nicht mehr weiterverfolgt.

12

2. Rechtsgrundlage für die begehrte Feststellung ist [Â§ 9 Abs 1 SGB VII](#) iVm der BK 3102. Nach [Â§ 9 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) sind BKen nur diejenigen Krankheiten, die die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats als solche bezeichnet hat (sogenannte Listen-BKen) und die Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach [Â§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit erleiden. Nach ständiger Rechtsprechung ist für die Feststellung einer Listen-BK (Versicherungsfall) erforderlich, dass die Verrichtung einer grundsätzlich versicherten Tätigkeit (sachlicher Zusammenhang) zu Einwirkungen von Belastungen, Schadstoffen oder Ähnlichem auf den Körper geführt hat (Einwirkungskausalität) und diese Einwirkungen eine Krankheit verursacht haben (haftungsbegründende Kausalität). Dabei müssen die versicherte Tätigkeit, die Verrichtung, die Einwirkungen und die Krankheit im Sinne des Vollbeweises, also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, vorliegen. Für die nach der Theorie der wesentlichen Bedingung zu beurteilenden Ursachenzusammenhänge genügt indes die hinreichende Wahrscheinlichkeit, allerdings nicht die bloße Möglichkeit. Der Beweisgrad der hinreichenden Wahrscheinlichkeit ist erfüllt, wenn mehr für als gegen den Ursachenzusammenhang spricht und ernste Zweifel ausscheiden. Dass die berufsbedingte Erkrankung ggf den Leistungsfall auslösende Folgen nach sich zieht (haftungsauslösende Kausalität) ist keine Voraussetzung einer Listen-BK, wohl aber für eine Leistung (Leistungsfall) (stRspr; vgl zB BSG Urteil vom 27.6.2017 [Â B 2 U 17/15 R](#) SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 13 mwN). Ob diese Voraussetzungen für die Anerkennung einer Lyme-Borreliose als BK 3102 bei der Klägerin erfüllt sind, kann der Senat aufgrund fehlender Feststellungen des LSG nicht beurteilen.

13

Die Klägerin übte zwar während ihrer Tätigkeit im Waldkindergarten eine grundsätzlich versicherte Tätigkeit aus (dazu unter a). Auch ist die Lyme-Borreliose eine Krankheit iS der BK 3102 (dazu unter b). Für das Vorliegen von Einwirkungen iS der BK 3102 genügt eine besonders erhöhte Infektionsgefahr, hier mit Borrelien (dazu unter c). Während ihrer Tätigkeit als Erzieherin in einem Waldkindergarten war die Klägerin auch einer solchen besonderen Infektionsgefahr ausgesetzt (dazu unter d). Mangels der erforderlichen Feststellungen kann der Senat jedoch nicht beurteilen, ob die Klägerin unter einer Lyme-Borreliose leidet (hierzu unter e) und ob die Lyme-Borreliose durch ihre Tätigkeit als Erzieherin in einem Waldkindergarten verursacht worden ist (dazu unter f). Die hierzu erforderlichen Feststellungen wird das LSG nachzuholen haben.

14

a) Die Klägerin war Versicherte iS des [Â§ 9 Abs 1 Satz 1](#) iVm [Â§ 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII](#). Denn sie war nach dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen

des LSG als Erzieherin in einem Waldkindergarten Beschäftigte. Es sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass zu ihrer versicherten Tätigkeit als Erzieherin nicht auch die Betreuung der Kinder während deren Aufenthalts im Wald gehörte.

15

b) Die Lyme-Borreliose ist eine Krankheit iS der BK 3102. Der Ordnungsgeber hat diese BK unter der Abschnittsbberschrift "Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten" wie folgt bezeichnet: "Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten". Hierbei handelt es sich um eine sogenannte offene BK-Bezeichnung, bei der die erforderliche Krankheit nicht präzise umschrieben, sondern nur eine Krankheitsgruppe genannt wird. Anerkennungsfähig sind mithin alle Krankheiten dieser Gruppe, die durch die betreffende Einwirkung potentiell verursacht werden können. Um ein bestimmtes Krankheitsbild aus dem Schutzbereich dieser BK auszuschließen zu können, muss deshalb feststehen, dass entweder diese Krankheit nach dem Willen des Ordnungsgebers nicht vom Schutzbereich der Norm umfasst sein sollte oder durch die jeweilige Einwirkung nicht verursacht werden kann. Dies ist bei der Lyme-Borreliose nicht der Fall, denn diese Krankheit kommt als eine von Zecken, also Tieren, durch Borrelien auf Menschen übertragbare Krankheit in Betracht (vgl dazu BSG Urteil vom 27.6.2017 [B 2 U 17/15 R](#) SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 15; vgl auch Merkblatt zur BK 3102, Bek des BGMS vom 1.9.2003, BArbBl 10/2003, S 29).

16

c) Für die Feststellung einer Einwirkung iS der BK 3102 genügt eine besonders erhöhte Infektionsgefahr. Eine Einwirkung iS des [§ 9 Abs 1 SGB VII](#) iVm der BK 3102 liegt mithin vor, wenn der Versicherte einer der versicherten Tätigkeit innewohnenden besonderen Gefahr der Infektion mit einer von Tieren übertragbaren Erkrankung ausgesetzt gewesen ist. Die besondere Infektionsgefahr ist nicht Bestandteil eines Ursachenzusammenhangs zwischen versicherter Tätigkeit und einer Infektionskrankheit iS der BK 3102, sondern sie ersetzt als eigenständiges Tatbestandsmerkmal die Einwirkung. Deshalb muss kein konkreter Kontakt mit einem Tier und deshalb hier auch kein Stich durch eine mit Borrelien infizierte Zecke nachgewiesen sein.

17

Der Senat hat bereits in seinem Beschluss vom 25.10.1989 ([2 BU 82/89](#) HVINFO 1990, 940 = juris RdNr 6 f) ausgeführt, dass an das Vorliegen einer BK 3102 keine anderen Anforderungen zu stellen sind als im Falle einer BK 3101. Es reiche der Nachweis einer besonderen, über das normale Maß hinausgehenden Ansteckungsgefahr, der Versicherte bei der Berufstätigkeit ausgesetzt sind. Unter Bezug hierauf hat der Senat in seinem Urteil vom 4.5.1999 ([B 2 U 14/98 R](#) HVBG-INFO 1999, 2377 = juris RdNr 18) ausgeführt, die BKen 3101 und 3102 seien insoweit "gleichgelagert". Eine bestimmte Infektionsquelle müsse nicht nachgewiesen sein. Hieran hält der Senat fest.

18

Zwar hat der Senat in seiner Entscheidung vom 27.6.2017 ([B 2 U 17/15 R](#)

Â SozR 45671 AnlÂ 1 NrÂ 3102 NrÂ 1 RdNrÂ 14) bzgl der Anerkennung einer Lyme-Borreliose als BKÂ 3102 erwogen, ob hinsichtlich der Einwirkung iS der BKÂ 3102 etwas anderes gelte als hinsichtlich der Einwirkung iS der BKÂ 3101. Hierzu hat er darauf hingewiesen, dass die BKÂ 3101 eine besondere Infektionsgefahr schon tatbestandlich voraussetzt, wÃ¤hrend der Verordnungsgeber die erforderliche Einwirkung in der BKÂ 3102 gerade nicht definiert habe. Der Senat hat in der genannten Entscheidung ausdrÃ¼cklich offengelassen, ob fÃ¼r die Anerkennung einer Krankheit Â ebenfalls einer Lyme-BorrelioseÂ als BKÂ 3102 ein konkreter Nachweis eines Tierkontaktes durch einen Zeckenstich gerade bei der versicherten TÃ¤tigkeit erforderlich ist, oder ob es wie vom LSG angenommen genÃ¼gt, dass der Versicherte in seiner TÃ¤tigkeit (dort als forstwirtschaftlicher Unternehmer) generell einem deutlich erhÃ¶hten Infektionsrisiko durch Borrelien ausgesetzt gewesen ist. Diese Frage beantwortet der Senat dahin, dass es entsprechend der bisherigen Rechtsprechung zur BKÂ 3102 fÃ¼r das Vorliegen einer Einwirkung ebenso wie bei der BKÂ 3101 genÃ¼gt, dass der Versicherte berufsbedingt einer besonderen Infektionsgefahr ausgesetzt ist (so auch Dietmair in Lauterbach UVÂ Â SGBÂ VII, 4.Â Aufl, Stand Juni 2015, AnhÂ IV Â§Â 9 zu NrÂ 3102 RdNrÂ 4; Mehrtens/Brandenburg, BKV, StandÂ IX 2018, M 3102 AnmÂ 3; Becker in Krasney/Becker/Heinz/Bieresborn, SGBÂ VII-Komm, Â§Â 9 BK NrÂ 3102 SÂ 316, Stand August 2018; Linder, SGB 2018, 475, 479; RÃ¶mer in jurisPR-SozR 24/2017 AnmÂ 3; SchÃ¶nberger/Mehrtens/Valentin, Arbeitsunfall und BK, 9.Â Aufl 2017, 793; aA Jung BEPR 2022, 53,Â 54). Dies folgt aus Wortlaut, Entstehungsgeschichte sowie Sinn und Zweck der BKÂ 3102.

19

Dem Wortlaut der BKÂ 3102 ist ebenso wenig wie dem der BKÂ 3101 zu entnehmen, dass ein konkreter Kontakt mit infizierten Tieren oder mit infiziertem Material festgestellt werden muss.

20

FÃ¼r den Verzicht auf den Nachweis eines konkreten Kontakts spricht auch die weitgehend parallele historische Entwicklung der BKenÂ 3101 und 3102. Der Entwicklungsgeschichte ist nicht zu entnehmen, dass dieser Nachweis fÃ¼r die BKÂ 3102 erforderlich, fÃ¼r die BKÂ 3101 hingegen eine besondere GefÃ¤hrdung ausreichend sein sollte. Die Ursprungsvorschrift zur BKÂ 3101, die BKÂ 22, erfasste gemÃ¤Ã der Zweiten Verordnung Ã¼ber die Ausdehnung der Unfallversicherung auf BKen (2.Â BKVO) vom 11.2.1929 (RGIÂ I 27) Infektionskrankheiten und zÃ¤hlte konkrete Betriebe und TÃ¤tigkeiten im Einzelnen auf. Die Dritte Verordnung Ã¼ber die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten (3.Â BKVO) vom 16.12.1936 (RGIÂ I 1117) listete diese BK als BKÂ 26. Auch die Ursprungsvorschrift der BKÂ 3102, die BKÂ 27 idF des Â§Â 2 NrÂ 11 der ViertenÂ Verordnung Ã¼ber die Ausdehnung der Unfallversicherung auf BKen (4.Â BKVO) vom 29.1.1943 (RGIÂ I 85) benannte in SpalteÂ III als Unternehmen die â Tierhaltung und Tierpflege sowie TÃ¤tigkeiten, die durch Umgang oder BerÃ¼hrung mit TierenÂ â zur Erkrankung Veranlassung gebenâ. Beide BKen stellten nicht auf den konkreten Nachweis eines Kontaktes mit Menschen oder Tieren, sondern nur auf die Art der TÃ¤tigkeit ab. Zur BKÂ 27 fÃ¼hrte die VerordnungsbegrÃ¼ndung dementsprechend aus, da eine GefÃ¤hrdung durch Ã¼bertragung von Tierkrankheiten in einer Reihe

von Berufen bestehe, solle durch Einbeziehung von einigen bei Menschen häufig beobachteten Tierkrankheiten der gleiche Versicherungsschutz gewährt werden wie beim Pflegepersonal in Krankenhäusern ua nach BK 26 der 3. BKVO, und zwar unbeschadet der Tatsache, dass die Übertragung selbst in der Regel den Tatbestand des Unfalles erfüllt und insoweit bereits versicherungsrechtlich berücksichtigt werden kann (AN 1943, II, 64, 65). Die fünfte Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf BKen (5. BKVO) von 26.7.1952 ([BGBl. I 395](#)) übernahm als neue BKen 39 und 40 die bisherigen BKen 22 bzw 26 und 27, strich jedoch aus Vereinfachungsgründen die bislang ausdrücklich benannten Krankheiten. Mit der Sechsten Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf BKen (6. BKVO) vom 28.4.1961 ([BGBl. I 505](#)) wurden die oben genannten BKen unter der Überschrift „Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten“ nunmehr als BKen 37 und 38 weitergeführt. Mit Blick auf die BK 38, „Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten“, entfiel die Beschränkung auf bestimmte Unternehmen, ua um Zweifel auszuräumen, ob auch der Umgang mit leeren Behältnissen unter die Aufzählung fiel (vgl BRDrucks 115/61 S 6). Erst durch die 7. BKVO vom 20.6.1968 ([BGBl. I 721](#)) wurde die BK 37, Vorlaufvorschrift der BK 3101, dahin gefasst, dass die Anerkennung einer BK nicht nur für Versicherte in konkret benannten Tätigkeiten im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium, sondern nunmehr auch für Versicherte, die durch eine andere Tätigkeit der Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt waren, in Betracht kam. Damit sollte der Versicherungsschutz, allerdings beschränkt auf Versicherte, die im Einzelfall durch ihre Tätigkeit der Ansteckungsgefahr besonders ausgesetzt waren, ausgeweitet werden (vgl BRDrucks 128/68, Begr Allg Teil Seite 1). Weder wurde die Regelung zur BK 38, Vorgangsvorschrift zur BK 3102, geändert, noch ist anderweitig ersichtlich, dass gleichzeitig eine Beschränkung des Versicherungsschutzes erfolgen sollte.

21

Schließlich sprechen Sinn und Zweck des [§ 9 SGB VII](#) iVm der BK 3102 dafür, dass das Tatbestandsmerkmal der Einwirkung nicht den Nachweis eines konkreten Kontaktes mit einem infizierten Tier, zB durch einen Stich, erfordert. Grundsätzlich soll durch die Anerkennung von BKen Versicherungsschutz gewährt werden für schädigende Einwirkungen, die konkret nicht im Einzelnen nachweisbar sind. Dies gilt für die Infektionskrankheiten nach der BK 3101, aber auch für solche der BK 3102. Ist ein Nachweis möglich, so kann bereits ein Arbeitsunfall vorliegen. Versicherten soll Versicherungsschutz durch Anerkennung einer BK 3101 oder BK 3102 gewährt werden, weil bei ihren versicherten Tätigkeiten eine besondere Infektionsgefahr besteht und der Nachweis der konkreten Infektionsquelle Schwierigkeiten bereitet. So hat der Senat bereits zur BK 3101 ausgeführt, die Listen-BKen seien in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass Versicherte über einen längeren Zeitraum schädigenden Einwirkungen ausgesetzt seien und erst diese längerfristige Belastung zu der Erkrankung führe. Bei der BK 3101 bestehe hingegen die Besonderheit, dass die schädliche Einwirkung, also der Ansteckungsvorgang, bei dem die Krankheit übertragen werde, ein einmaliges, punktuellere Ereignis darstelle, das häufig im Nachhinein nicht mehr ermittelt werden könne. Meistens seien verschiedene Infektionsquellen

Verrichtungen auf der anderen Seite ständen in einer Wechselbeziehung zueinander. An den Grad der Durchseuchung könnten umso niedrigere Anforderungen gestellt werden, je gefährlicher die spezifischen Arbeitsbedingungen seien. Je weniger hingegen die Arbeitsvorgänge mit dem Risiko der Infektion behaftet seien, umso mehr erlange das Ausmaß der Durchseuchung an Bedeutung. Bestehe zumindest die Möglichkeit einer Infektion, sei im Wege einer Gesamtbetrachtung der Durchseuchung und der Übertragungsgefahr festzustellen, ob sich im Einzelfall eine Infektionsgefahr ergebe, die gegenüber der Gesamtbevölkerung nicht nur geringfügig, sondern besonders erhöht sei. Entscheidend sei immer die Gesamtwürdigung der das Arbeitsumfeld und die versicherte Tätigkeit betreffenden beiden Risikobereiche unter Berücksichtigung des spezifischen Übertragungsmodus und Verbreitungsgrades der jeweiligen Infektionskrankheit (vgl BSG Urteil vom 2.4.2009 [B 2 U 30/07 R](#) BSGE 103, 45 = SozR 45671 Anl 1 Nr 3101 Nr 4, RdNr 25). Diese Erwägungen für die Feststellung der erhöhten Infektionsgefahr in der BK 3101 gelten wegen der dargestellten vergleichbaren Ausrichtung der beiden BKen auch für die hier relevante besonders erhöhte Gefahr einer durch den Stich einer infizierten Zecke bewirkten Infektion mit Borrelien in der BK 3102.

23

Dementsprechend hat das LSG hier festgestellt, dass die Klägerin während ihrer Tätigkeit als Erzieherin in einem Waldkindergarten der besonderen Gefahr einer Infektion mit Borrelien aufgrund von Zeckenstichen ausgesetzt war. Es hat seine Überzeugung ebenso wie das SG auf die eingeholten Stellungnahmen und Auskünfte zur Durchseuchung der Zecken in dem Gebiet des Kindergartens mit Borrelien sowie auf die Angaben zur Erhöhung der Ansteckungsgefahr von Mitarbeitern in einem Waldkindergarten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gestützt. An diese Feststellungen ist der Senat gebunden ([ÄS 163 SGG](#)), weil sie nicht mit zulässigen und begründeten Verfahrensregeln angegriffen worden sind.

24

e) Ob die Klägerin an einer hier als BK 3102 festzustellenden Lyme-Borreliose leidet, kann der Senat mangels der erforderlichen Tatsachenfeststellungen nicht beurteilen. Werden wie vorliegend die Rechtsbegriffe „Durch Infektionserreger verursachte Krankheiten“ und „Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten“ durch einen fachmedizinischen Diagnosebegriff („Lyme-Borreliose“) ausgefüllt, so bedeutet dies, dass diesem Diagnosebegriff der Bedeutungs- bzw Sinngehalt zukommt, den ihm der aktuelle wissenschaftliche Kenntnisstand beimisst. Es müssen die Diagnosekriterien vorliegen, die krankheitsbeweisend sind, also nach den aktuellen Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft erfüllt sein müssen, um die Diagnose zu sichern. Das Recht knüpft damit an den medizinischen Diagnosebegriff und die dazu entwickelten Kriterien an, die die überwiegende Mehrheit der Fachmediziner, die auf dem jeweils in Betracht kommenden Gebiet über spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, wissenschaftlich fundiert vertreten (vgl BSG Urteil vom 27.6.2017 [B 2 U 17/15 R](#) SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 16

mwN). Ob die durchgeführten Laboruntersuchungen in diesem Sinne krankheitsbeweisend sind, wird das LSG festzustellen haben. Die Borrelieninfektion als solche stellt keine von Tieren auf Menschen übertragbare „Krankheit“ iS des [§ 9 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) und der BK 3102 dar, wie der Senat bereits entschieden hat. Gesetz und Verordnungsgeber haben den im Recht der Bk vorausgesetzten Krankheitsbegriff nicht näher festgelegt, sondern von einer Definition abgesehen, weil der wissenschaftliche Erkenntnisfortschritt ständige Anforderungen dessen bewirkt, was als Krankheit erkannt werden kann. In der Sozialversicherung umschreiben Rechtsprechung und Literatur Krankheiten auch im BK-Bereich als regelwidrigen Körper- und Geisteszustand. Dabei kommt nicht jeder körperlichen Regelwidrigkeit – hier das Vorhandensein von Antikörpern gegen *Borrelia burgdorferi* – im Sinne einer Normabweichung (normativer Krankheitsbegriff) Krankheitswert im Rechtssinne zu. Erforderlich ist vielmehr, dass der Versicherte in seinen Körperfunktionen beeinträchtigt wird (funktioneller Krankheitsbegriff). Davon ausgehend reicht die bloße Aufnahme schädigender Substanzen in den Körper allein im Regelfall nicht aus. Vielmehr ist es grundsätzlich notwendig, dass die Einwirkung über zunächst innerkörperliche Reaktionen oder Strukturveränderungen hinaus zu irgendeiner Funktionsstörung führt. Auch genügt ein bloßer Krankheitsverdacht für die positive Feststellung einer „Krankheit“ nicht. An diesen Anforderungen an eine als BK 3102 festzustellende Lyme-Borreliose hält der Senat trotz der geäußerten Bedenken (vgl zB Linder, SGB 2018, 475 ff) fest (vgl dazu BSG Urteil vom 27.6.2017 – [B 2 U 17/15 R](#) – SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 22 mwN).

25

Damit ist selbst dann, wenn die Aufnahme von *Borrelia burgdorferi* in den Organismus des Versicherten zu einer körperlichen Abwehrreaktion des Immunsystems geführt hat, die laborchemisch bewiesen ist, noch nicht hinreichend die Störung irgendwelcher Körperfunktionen belegt. Hat die körpereigene Immunabwehr nach der Aufnahme von *Borrelia burgdorferi* das Auftreten von Funktionsstörungen gerade verhindert und ist die Infektion deshalb stumm, dh symptomlos bzw asymptomisch verlaufen, so liegt keine „Krankheit“ im Rechtssinne und damit kein Versicherungsfall in der gesetzlichen Unfallversicherung vor. Mit einem positiven Ergebnis im Antikörpersuchtest und im Bestätigungstest ist somit allenfalls eine körperliche Einwirkung, nicht jedoch eine BK belegt (vgl BSG Urteil vom 27.6.2017 – [B 2 U 17/15 R](#) – SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 23).

26

Ob die Klägerin an einer Lyme-Borreliose leidet, die die genannten medizinisch-diagnostischen Kriterien erfüllt, hat das LSG ausdrücklich offengelassen. Dies wird es auf der Grundlage der medizinischen Beweisaufnahme und unter Heranziehung des aktuellen medizinischen Erkenntnisstandes zu den Diagnosekriterien jetzt festzustellen haben (vgl auch Merkblatt der BK Nr 3102, Bek des BMGS vom 1.9.2003, BArbBl 10/2003, 26; im Einzelnen zur Diagnose einer Lyme-Borreliose vgl BSG Urteil vom 27.6.2017 – [B 2 U 17/15 R](#) – SozR 45671 Anl 1 Nr 3102 Nr 1 RdNr 17 ff). Hierzu wird es die vom SG eingeholten

medizinischen Gutachten dementsprechend zu wÃ¼rdigen haben. Des Weiteren wird das LSG zu prÃ¼fen haben, dass auch die von der Beklagten im Berufungsverfahren eingeholte, als Gutachten anzusehende schriftliche ÃuÃerung eines Arztes den Anforderungen des [ÃSÃ 200 AbsÃ 2 SGBÃ VII](#) genÃ¼gen muss und ein RechtsverstoÃ ein Beweisverwertungsverbot nach sich zieht, weil [ÃSÃ 200 AbsÃ 2 SGBÃ VII](#) auch fÃ¼r von den UnfallversicherungstrÃgern im Laufe eines Gerichtsverfahrens eingeholte Gutachten gilt (vgl BSG Urteile vom 11.4.2013 [Ã BÃ 2Ã U 34/11Ã RÃ](#) SozR 42700 [ÃSÃ 200 NrÃ 4](#) und vom 5.2.2008 [Ã BÃ 2Ã U 8/07Ã RÃ](#) [BSGE 100, 25](#) = [SozR 42700 ÃSÃ 200 NrÃ 1](#), RdNrÃ 11).

27

f)Ã FÃ¼r den Fall von FunktionsstÃ¶rungen wird das LSG schlieÃlich festzustellen haben, ob die Lyme-Borreliose auf die besondere GefÃhrdung der KlÃgerin mit einer Borrelieninfektion wÃhrend ihrer versicherten TÃtigkeit zurÃ¼ckzufÃ¼hren ist. Liegt eine durch die versicherte TÃtigkeit bedingte besonders erhÃ¶hte Infektionsgefahr vor, nimmt der Ordnungsgeber typisierend an, dass bei festgestellter Krankheit die haftungsbegrÃ¼ndende KausalitÃt grundsÃtzlich gegeben ist. Diese Typisierung gilt allerdings nicht, wenn ausgeschlossen ist, dass die Infektion wÃhrend oder aufgrund der versicherten TÃtigkeit eingetreten sein kann. Nach Sinn und Zweck des Tatbestands der BKÃ 3101 wie auch der BKÃ 3102, die von der beruflichen Gefahrenexposition auf die Verursachung einer Infektionserkrankung schlieÃen, ist das Vorliegen einer BK zu verneinen, wenn der regelhaft angenommene Ursachenzusammenhang nicht eingetreten sein kann. FÃ¼r einen Ursachenzusammenhang zwischen beruflich bedingter besonders erhÃ¶hter Infektionsgefahr und Krankheit ist etwa kein Raum, wenn die Infektion unter BerÃ¼cksichtigung der Inkubationszeit der Krankheit nicht wÃhrend der Dauer der beruflichen Gefahrenexposition erfolgt sein kann (vgl BSG Urteil vom 2.4.2009 [Ã BÃ 2Ã U 30/07Ã RÃ](#) [BSGEÃ 103, 45Ã](#) = SozR 45671 AnlÃ 1 NrÃ 3101 NrÃ 4, RdNrÃ 34). Ein regelhafter Schluss von einer berufsbedingt erhÃ¶hten Ansteckungsgefahr auf eine berufliche Ursache der festgestellten Krankheit ist ferner nur gerechtfertigt, wenn neben der GefÃhrdung durch die versicherte TÃtigkeit keine anderen, dem privaten Lebensbereich zuzuordnenden Infektionsrisiken bestanden haben. Kommen sowohl berufliche als auch auÃerberufliche Verrichtungen als Infektionsquelle in Betracht, von denen aber nur eine allein die Krankheit ausgelÃ¶st haben kann, muss entschieden werden, ob sich mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eine der unter Versicherungsschutz stehenden Handlungen als Krankheitsursache identifizieren lÃsst. Dann verbleibt es somit beim BeweismaÃstab der hinreichenden Wahrscheinlichkeit (vgl BSG Urteil vom 21.3.2006 [Ã BÃ 2Ã U 19/05Ã RÃ](#) UVRecht Aktuell 2006, 216 =Ã juris RdNrÃ 16). Die tatsÃchlichen Voraussetzungen fÃ¼r das Vorliegen solcher auÃerberuflichen UmstÃnde mÃ¼ssen im Vollbeweis nachgewiesen sein. Die TrÃger der gesetzlichen Unfallversicherung tragen insoweit die objektive Beweislast (vgl BSG Urteil vom 2.4.2009 [Ã BÃ 2Ã U 7/08Ã RÃ](#) SozR 45671 AnlÃ 1 NrÃ 3101 NrÃ 3 RdNrÃ 18). Bisher fehlen hierzu Ermittlungen und Feststellungen des LSG, insbesondere auch zu dem Hinweis der Beklagten, dass die KlÃgerin eine Borrelieninfektion durch Zeckenstiche mÃ¶glicherweise bereits frÃ¼her vor ihrer TÃtigkeit in dem Waldkindergarten im privaten Bereich erlitten habe.

28

3. Es kann dahinstehen, ob die von der Klägerin in dem Revisionsverfahren erhobenen Verfahrensrügen zulässig und begründet sind. Diese sind nicht mehr entscheidungserheblich, weil das Urteil des Berufungsgerichts hinsichtlich der begehrten Feststellung der BK 3102 aus materiell-rechtlichen Gründen aufzuheben und der Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückzuverweisen war.

29

4. Das LSG wird auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Ä

Erstellt am: 18.07.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024